

Calmer Tagblatt

Ar. 205.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile Nr. 6.—
Reklamen Nr. 15.— Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Montag, den 4. September 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Nr. 210.— vierteljährlich. Postbezugspreis Nr. 210.— mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die gestern vorgenommene Abstimmung in dem uns noch verbliebenen Teile Oberschlesiens darüber, ob Oberschlesien als Provinz bei Preußen bleiben wolle, oder zum selbständigen Land erhoben werden will, ergab eine überwältigende Mehrheit für das Verbleiben bei Preußen. Das Ergebnis bedeutet einen glänzenden Sieg des deutschen Nationalgefühls, da die Autonomiebestrebungen lediglich für polnische Zwecke Propaganda machten.

Heute reisen die belgische Delegation nach Berlin, um über die Sicherheiten zu verhandeln, die Deutschland für die geforderten Schaftschneide bieten soll. Der belgische Ministerpräsident hat sich über die Aussichten der Verhandlungen dahin ausgesprochen, daß er keinen Augenblick zweifelt, daß Deutschland und Belgien sich einigen werden, denn alle Völker der Welt würden bereit sein, auf die deutschen Schaftschneide Kredite zu eröffnen.

Die Franzosen suchen natürlich zwecks Aufrechterhaltung der Gasstimmung gegen Deutschland und ihrer damit zusammenhängenden Expansionspolitik auch den neuesten Beschluß der Reparationskommission zu sabotieren. Auf einen bestellten Brief des früheren Finanzministers Klotz an Poincaré, der der „Beunruhigung“ über die Möglichkeit der Herabsetzung der deutschen Reparationsleistungen Ausdruck verleiht, hat dieser dahin geantwortet, daß die französische Regierung selbstverständlich keinerlei Verminderung der französischen Forderungen an Deutschland zustimmen könne, und daß eine Herabsetzung der auswärtigen Schulden Deutschlands nur im Zusammenhang mit der Regelung der Kriegsschulden der Alliierten erfolgen könne.

Damit ist das Reparationsproblem, wie seinerzeit der Waffenstillstand wieder von der Haltung Amerikas abhängig gemacht, von dem die Alliierten, namentlich aber Frankreich, eine Annulierung ihrer Schulden verlangen. Die amerikanische Regierung hat sich bis jetzt in sehr bequemer Weise reserviert verhalten, und so ebenso wie seinerzeit beim Friedensschluß die unerfüllbaren Forderungen der Entente mitverschuldet. Die überhebenden Phrasen, die jetzt von Washington aus gemacht werden, sind bezeichnend für das raffinierte Doppelspiel der amerikanischen Politik.

Die Türken haben anscheinend in Kleinasien den Griechen eine erhebliche Niederlage beigebracht. Oder sollte der griechische Rückzug lediglich zum Vorwand benützt werden, um dem griechischen Volk die Abkehr von der verhassten Eroberungspolitik leichter zu machen?

Niederdeutsche Woche.

Der Reichspräsident für den Zusammenschluß im Innern.

Bremen, 3. Sept. Der Reichspräsident ist mit Staatsminister Dr. Böck, dem Staatssekretär Schulz und Ministerialdirektor Meißner zur Eröffnung der Niederdeutschen Woche hier eingetroffen. Nach Abnahme des Vorbeimarsches einer Reichsmehrkompanie nahm der Reichspräsident an der Gerhart Hauptmann-Feier im Schauspielhaus teil. Bei dieser Feier hielt Gerhart Hauptmann nach Begrüßungsansprachen von Professor Schilling und Professor Hellmuth eine Rede, in der er allen Europäern deutscher Zunge zurief: Bleibt einig im Glauben, im Glauben und in der Gewissheit, daß Deutschland den Hofen erreichen und wieder hergestellt werden wird! — Inzwischen hatte sich vor dem Schauspielhaus eine große Menge angesammelt, an die der Reichspräsident, lebhaft begrüßt, einige Worte richtete, in denen er die Notwendigkeit betonte, daß jeder in seiner Weise mitwirken müsse an den großen Aufgaben der Nation zum Wiederaufbau Deutschlands. — Nach der Gerhart Hauptmann-Feier wohnte der Reichspräsident der Eröffnung der Niederdeutschen Woche bei, wo er auf Ansprachen des Vorstands der Wesergilde, General-Konsul Roselius, und des Bürgermeisters Dr. Spitta mit folgenden Worten antwortete: Hochverehrte Damen und Herren! Darf ich Ihnen, Herr Bürgermeister, und Ihnen, Herr Generalkonsul, auch im Namen der mit mir anwesenden Herren der Regierung des Reiches und Preußens, zunächst herzlich danken für die freundlichen und herzlichen Willkommengrüße, die Sie an uns gerichtet haben. Wir sind Ihnen außerordentlich dankbar, daß Sie als Mitbürger und Mitglied der Bremischen Bürgerschaft unter Ihnen gelebt haben, und ich kann Ihnen darauf nur erwidern, daß ich gerne an diese Jahre meiner Tätigkeit in Bremen zurückdenke und daß ich mich freue, auch heute noch Bürger

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Die Autonomie mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Oppeln, 4. Sept. Nach dem jetzt vorliegenden Endergebnis der Volksabstimmung über die Autonomiefrage stimmten 513 126 für das Verbleiben der Provinz Oberschlesien bei Preußen und 50 400 für die Autonomie Oberschlesiens.

Oppeln, 4. Sept. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis der Volksabstimmung über die Autonomie stimmten von 765 322 wahlberechtigten Personen 513 760 für das Verbleiben der Provinz Oberschlesien bei Preußen und 50 528 für die Autonomie Oberschlesiens. Die Wahlbeteiligung betrug 73,8 Proz.

Beuthen, 3. Sept. Heute fand in Oberschlesien eine Volksabstimmung darüber statt, ob Oberschlesien künftig preußische Provinz oder ein selbständiger Gliedstaat im Rahmen des Deutschen Reiches werden soll. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen stellt die Abstimmung ein überwältigendes Vertrauensvotum für Preußen dar. In den Städten war die Beteiligung rege, auf dem Lande etwas schwächer.

dieser alten Stadt zu sein. Tatkraftiger Bürgerinn und wirtschaftlicher Weltbild, wie sie von altersher in Bremen lebten, haben zur Gründung der „Wesergilde“ geführt, die es sich zur Aufgabe stellt, tätig am Wiederaufbau deutscher Wirtschaft und deutscher Kultur in der niedersächsischen Heimat mitzuarbeiten. Ihr verdanken wir das großartige und vielgestaltige Werk dieser Niederdeutschen Woche, die die Liebe zur Heimat und zur Heimatkultur pflegen und vertiefen und in Erfüllung dieser Ziele alle niederdeutschen Stämme zu einer Gemeinschaft verbinden will. Eine große und schöne Aufgabe, und denen, die sie erkannt haben und sich in den Dienst ihrer Erfüllung stellen, gebührt herzlich Dank! Gerade in dieser trüben Gegenwart, in der unser armes Volk so schwer wie nie sich unter äußerem Drucke an der Entfaltung seiner freien Kräfte gehindert sieht, ist es nötig, die der Verwurzelung mit der Heimat, aus der Erkenntnis ihrer Kräfte und deren Zusammengehörigkeit mit dem großen Vaterland das Vertrauen auf die Zukunft zu schöpfen, das mühen und lähmenden Pessimismus bannt und uns stärkt für den harten Weg, den wir noch zu gehen haben. Hanseatische Geist und niedersächsische Zähigkeit haben, wie ihre Geschichte zeigt, auch in den schwersten Tagen aus den Kräften der Heimat, aus der opferfreudigen Hingabe für sie stets Wille und Kraft zum Schaffen und zu neuem Wagnen gefunden. Ich freue mich, aus den Worten meiner Herren Vorredner vernommen zu haben, daß dieser starke Geist auch heute nicht verzagt ist, sondern fest und unerschütterter weiter lebt und zuversichtlich Trost bietet. Mit diesem Willen wird Bremen auch künftighin seiner Aufgabe getreu und gerecht bleiben, der deutschen Wirtschaft ein wertvoller Mittler des Weltverkehrs und des Seeverkehrs zu sein, mit dieser Tatkraft wird es auch der großen Schwierigkeiten Herr werden, die fremder Machtpruch unserer überreichen Arbeit bereitet hat: seien Sie überzeugt, daß Sie dabei rechnen können auf verständnisvolle Förderung des Reiches. Die Niederdeutsche Woche ist in erster Linie eine Kundgebung der niedersächsischen Stämme, sie will aber auch darüber hinaus eine Kundgebung sein für die Gemeinschaft aller deutschen Volkstämme und ein Bekenntnis für die Notwendigkeit des Zusammengehens aller Deutschen in den Lebensfragen unseres Vaterlandes. Das tut uns besonders in dieser schicksalsschweren Zeit, das Bewußtsein, daß sich auf dem Boden der Heimatliebe alle Glieder und alle Schichten unseres Volkes eins wissen in der Pflichttreue zur ganzen deutschen Nation. Unzertrennbar verbindet ein hartes Band des Schicksals Heimat und Vaterland, und unlösbar sollen auch die Bande sein, die jeden Deutschen mit Weiden verbindet. So wünsche und hoffe ich denn, daß von dieser Niederdeutschen Woche zweierlei ausgehen möge als Anregung und Wegweisung über ganz Deutschland: der zähe, mutige und unverzagte Geist, der hier in Bremen und in Niedersachsen lebt und das Gefühl fester Zusammengehörigkeit und innerer deutscher Volksgemeinschaft. Mit diesem Wunsch und herzlichem Danke an alle, die an diesem Werke mithalfen und weiterhelfen, begrüße ich die Niederdeutsche Woche und wünsche ihr reichen Erfolg. — Zum Schluß sprach als Vertreter der niedersächsischen Universitäten der Rektor der Universität Münster, Professor Dr. Dosemann. Am Nachmittag besuchte der Reichspräsident das Sportschiff auf dem Peterswerder, wo er der siegreichen Mannschaft im Staffettenlauf, dem H. S. V., den Pokal der Wesergilde überreichte. Hierbei wies der Reichspräsident auf die große Bedeutung des Sports für die Wiedergeburt des deutschen Volkes hin. Auch dem Städtekampf Köln-Bremen konnte der Reichspräsident noch eine kurze Zeit beiwohnen. Darnach war er Gast des Senats. Gegen Abend erfolgte die Weiterreise nach Kiel.

Der Zwischenfall in Oberkassel.

Zum Attentat gegen belgische Besatzungstruppen.

Paris, 1. Sept. Nach einer Havasmeldung aus Brüssel hat sich heute früh 1/2 Uhr in Oberkassel am Rhein ein erster Zwischenfall ereignet. Eine belgische Wache sei durch Revolvergeschüsse getötet worden. Ein belgischer Gendarm, der ihr zu Hilfe kam, sei gleichfalls getötet worden. Eine Wache, die eingriff, habe bemerkt, daß einige Personen Hals über Kopf davonflohen. Sie sei in einige noch offene Lokale eingedrungen und habe ungefähr 12 Personen festgenommen. Die Untersuchung gehe weiter. Die belgische Regierung habe General Kucquon Befehl gegeben, in der ganzen Stadt Hausdurchsuchungen vornehmen zu lassen und habe ihn beauftragt, den deutschen Zivil- und politischen Behörden mitzuteilen, daß, wenn die Schuldigen nicht innerhalb sechs Stunden verhaftet sein sollten, man die Behörden verhaften werde und daß weitere Maßnahmen folgen werden, wenn man nicht Genugtuung erhalte. Außerdem habe der Minister des Auswärtigen Jaspard den deutschen Geschäftsträger Landsberg zu sich berufen und einen energischen Protest ihm gegenüber ausgesprochen. Er habe ihn aufgefordert, den Protest der belgischen Regierung schleunigst der deutschen Regierung zu telegraphieren und habe Entschädigungen von der deutschen Regierung verlangt unter Vorbehalt weiterer Sanktionen. Der belgische Delegierte bei der interalliierten Rheinlandkommission habe telegraphisch den Befehl erhalten, daß er der Rheinlandkommission Maßnahmen vortragen solle, die ergriffen werden sollen, um die Sicherheit der belgischen Truppen sicherzustellen. Diese Maßnahmen seien im Verlauf einer Besprechung zwischen den Ministern Jaspard und Devez beschlossen worden.

Berlin, 2. Sept. Einem Telegramm der „Westfälischen Zeitung“ aus Düsseldorf zufolge ist der Mord ein Streit in einer Wirtschaft vorausgegangen, der vielleicht mit dem Verbrechen in Zusammenhang steht. Um 3 Uhr nachts sah ein Düsseldorf-Polizeibeamter noch Licht in einer Wirtschaft in Oberkassel. Er fand darin eine Anzahl von Zivilpersonen und zwei belgische Sergeanten. Aus der Aufforderung, das Lokal zu verlassen, entwickelten sich Streitigkeiten, in deren Verlauf der eine belgische Sergeant gegen die Wirtin tödlich wurde und dem dazwischen drängenden Wirt die Nase blutig schlug. Die inzwischen alarmierte belgische Wache nahm einige Verhaftungen vor, unter anderen verhaftete sie einen früheren belgischen Oberleutnant, der dem bedrängten Wirt zu Hilfe gekommen war. Eine Stunde später, als der beteiligte deutsche Polizeibeamte in einer ganz anderen Gegend patrouillierte, wurde er von einer belgischen Patrouille verhaftet, weil der Sergeant, mit dem er das Rencontre gehabt hatte, und ein ihm zu Hilfe kommender belgischer Posten erschossen worden waren. Es muß als geradezu ungeheuerlich bezeichnet werden, daß der oberste Verwaltungsbeamte sozusagen als Geiseln verhaftet worden ist, ohne daß auch nur der Versuch gemacht worden war, irgend ein Verschulden der deutschen Behörde nachzuweisen.

Deutsche Geiseln

für die ermordeten belgischen Soldaten.

Brüssel, 2. Sept. Nach einer hier eingegangenen Meldung werden, wenn sich unter den in Oberkassel festgenommenen nicht die Mörder der beiden belgischen Soldaten befinden, der Bürgermeister und der Polizeikommissar von Oberkassel verhaftet werden.

Die Reparationsfrage.

Frankreich mit der Entscheidung unzufrieden!

Paris, 2. Sept. Wie Houthin im „Echo de Paris“ mitteilt, hat sich der frühere Finanzminister Klotz, der einer der Mitarbeiter am Friedensvertrag war, gestern zu Poincaré begeben, um sich mit ihm über die Entscheidung der Reparationskommission zu unterhalten, wobei er besonders seine Beunruhigung über den Abgang „B“ der Entscheidung ausdrückte, in dem von einer „etwaigen Herabsetzung der deutschen Schuld“ die Rede ist. Es sei beschlossen worden, daß über diesen Gegenstand zwischen Klotz und Poincaré Briefe ausgewechselt werden sollen, die heute Abend oder morgen veröffentlicht werden. Nach einer weiteren Meldung des „Echo de Paris“ ist an Dubois eine Note gerichtet worden.

Poincaré für Aufrechterhaltung

der französischen Forderungen.

Paris, 2. Sept. Poincaré antwortete dem Abg. Klotz auf sein Schreiben, daß die französische Regierung keinerlei Verminderung ihrer Forderungen an Deutschland zustimmen könne.

und daß eine Herabsetzung der auswärtigen Verpflichtungen Deutschlands nur im Rahmen einer allgemeinen Regelung anerkannt werden könne, indem alle alliierten Schulden geregelt würden.

Beginn der Besprechungen mit den Belgiern über die Schatzwechsel.

Berlin, 2. Sept. In der Reichskanzlei fand heute Vormittag eine Chefbesprechung über die Reparationsfrage statt. Der aus Paris zurückgekehrte Staatssekretär Schröder erstattete Bericht über die Verhandlungen mit der Reparationskommission. Aus der Regierung zugekommenen Nachrichten ist bekannt geworden, daß die Vertreter der belgischen Regierung Delacroix und Bemelman zu Anfang der nächsten Woche in Berlin eintreffen, um die Verhandlungen mit der Reichsregierung wegen der ausstehenden Schatzwechsel aufzunehmen. Die in Aussicht genommene Fortsetzung der Besprechungen mit den Parteiführern wird ebenfalls zu Anfang der nächsten Woche stattfinden.

Stinnes liefert Baumaterialien für Frankreich.

Paris, 2. Sept. Die Agence Havas berichtet: Der Präsident der Materialbeschaffungs-Kommission für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete hat seinen in Uebereinstimmung mit den Berliner Abmachungen vom 30. Juni 1920 einen Abschluß mit Hugo Stinnes getätigt für Lieferungen von Baumaterialien. Die Materialien sind ausschließlich für die der Gesellschaft angegliederte Beschaffungsstelle bestimmt.

Amerikas hingehende Haltung.

London, 2. Sept. Wie Reuters aus Washington meldet, wird im Weißen Hause erklärt, Amerikas Teilnahme an einer Erörterung des Wiederherstellungsproblems werde sich künftig als unvermeidlich erweisen. Augenblicklich sei der Präsident der Ansicht, daß die Zeit für die Vereinigten Staaten noch nicht gekommen sei, an einer der im Ausland stattfindenden wirtschaftlichen Erörterungen teilzunehmen. Der Präsident sei der Ansicht, die Nationen Europas sähen sich ein, daß eine Wiederherstellung der ganzen Welt von der Regelung der Frage der internationalen Schulden und der Reparationen abhängt. Im Weißen Haus wurde hinzugefügt, daß, wenn die Staatsmänner Europas bei ihren Erörterungen der wirtschaftlichen Verbesserung zu dem Punkte gelangten wo der Rat der Vereinigten Staaten gebraucht würde, Amerika nicht abseits stehen werde. Der Präsident, so heißt es weiter, sehe die Erneuerung der Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland bis zu einem gewissen Grade günstig an und hoffe, daß ein Weg dahin gefunden werden könne.

Der deutsche Reichswirtschaftsrat zur Markkalamität.

Berlin, 1. Sept. In einer Entschließung des wirtschaftlichen Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrats über den Zerfall der deutschen Währung und die Mittel zu seiner Bekämpfung wird u. a. gesagt: Die Hauptursache des Zusammenbruchs der Markwährung ist immer wieder die erneute Verzögerung einer Zahlungsfähigkeit Deutschlands und einer angemessenen Regelung der Reparationsfrage mit ihren wirtschaftlichen und politischen Folgen. Für Deutschland ist es der durch den Versailler Vertrag sehr stark geschwächten Wirtschaftskraft unmöglich, die Passivität der Zahlungsbilanz zu überwinden und gleichzeitig die außerordentlich hohen Leistungen an das Ausland auszuführen. Diese Auffassung ist gestützt durch die Finanzbeschlüsse der Konferenz von Genua und die Entschließung der Pariser Bankierkonferenz vom Januar 1922. Nachdrücklich erhebt der Ausschuss, worin Unternehmer und Arbeiter vertreten sind, gegen die Behauptung Einspruch, die Markentwertung sei durch Maßnahmen der Regierung oder durch das Verhalten maßgebender Wirtschaftskreise bewirkt herbeigeführt worden. Das rapide Steigen der auswärtigen Wechselkurse macht die Versorgung Deutschlands mit den notwendigen Rohstoffen und Nahrungsmitteln immer schwieriger. Vorbedingung für das Gelingen aller Maßnahmen zur Festigung des Marktkurses ist der Ausschub der Barzahlungen und Anpassung der Sachlieferungen an die Bedürfnisse und die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschafts- und Zahlungsbilanz und damit die Wiederherstellung des deutschen Kredits zur Ermöglichung der notwendigen internationalen Anleihe an Deutschland.

Zur auswärtigen Lage.

Widerrechtliche Verhaftung eines deutschen Regierungsbeamten im Rheinland!

Wiesbaden, 2. Sept. Am 31. August haben französische Polizeibeamte hier den Regierungsassessor Dr. Prange verhaftet, als er im Begriff stand, sich von seiner Wohnung nach der Regierung zu begeben. Dr. Prange bearbeitet bei der Regierung die politischen und Besetzung Angelegenheiten. Die Polizeibeamten haben dann in Gegenwart Pranges sein Geschäftszimmer und dessen Sekretariat durchsucht, dort sämtliche Aktenverzeichnisse durchgesehen, eine große Anzahl von Aktenbänden der Regierung und einen großen Teil der in Bearbeitung befindlichen dienstlichen Schriftstücke über politische Angelegenheiten beschlagnahmt und mitgenommen. Im Anschluß daran wurde auch die Privatwohnung Dr. Pranges durchsucht. Dr. Prange befindet sich noch in Haft. Die Gründe dieser Maßnahmen sind noch nicht bekannt.

Deutscher Protest gegen die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet.

Berlin, 1. Sept. Eine Note der deutschen Regierung an den Völkerbund protestiert erneut gegen die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet, die dem Versailler Vertrag widerspreche, da nach diesem die Ordnung im Saarbecken nur durch eine örtliche Gendarmerie aufrecht erhalten werden soll. Außerdem sei es mit dem Charakter eines Abstimmungsgebiets unvereinbar, daß in ihm Truppen einer Macht belassen würden, die an dem Ergebnis der Volksabstimmung interessiert sei. Nachdem von der 15jährigen Frist bis zur Volksabstimmung bereits mehr als ein Sechstel verstrichen sei, erscheine der deutschen Regierung

Ämtliche Bekanntmachung.

Ämtliche Bekanntmachung.

Durch Entschließung des Arbeitsministeriums vom heutigen Tag ist als Nachfolger für den an die Eichnebenstelle Balingen versetzten Obergemeister Bizer der Eichmeister Berger vom Eichamt Heilbronn mit Wirkung vom 1. September 1922 an zum Eichamt Calw versetzt und mit der Führung der Vorstands-geschäfte beauftragt worden.

Stuttgart, den 28. August 1922.

Württ. Landesgewerbeamt:
Für den Vorstand: Kälber.

die Zurückziehung der französischen Truppen und ihre Ersetzung durch eine örtliche Gendarmerie als eine der dringendsten Aufgaben zur Sicherung einer freien Abstimmung.

Ein Protest im amerikanischen Senat gegen die Schwarze Schmach.

New York, 2. Sept. Aus Washington wird gemeldet: Unter Begünstigung auf Meldungen über durch französische Negertuppen am Rhein begangene Verbrechen erklärte der demokratische Senator Hitchcock im Senat, es sei Pflicht der amerikanischen Regierung, Frankreich die Erziehung der schwarzen durch weiße Truppen nahelegen. Wir sitzen, sagte er, untätig dabei, während Frankreich in seiner Torheit dazu übergeht, die deutsche Republik zu zerschlagen durch seine Reparationsforderungen, die, wie die Welt weiß, Deutschland gegenwärtig nicht erfüllen kann. Aber wir sind als Nation zum Teil dafür verantwortlich, daß sich die Rheinlande unter militärischer Besetzung befinden, und es ist unser Recht und unsere Pflicht, dagegen zu protestieren, halb zivilisierte schwarze Truppen bei einer weißen Bevölkerung einzuquartieren, wo sie als Eroberer erscheinen und als Verbrecher auftreten. — Der Senat faßte seinen Beschluß über die Anregung Hitchcocks. — Es handelt sich schließlich auch nur um Deutsche.

Ein türkischer Sieg in Kleinasien.

Paris, 4. Sept. Die diplomatische Mission der Regierung von Angora in Paris veröffentlicht folgende Mitteilung aus Angora vom 31. August: Die große Schlacht, die am 26. August 5 Tage ohne Unterbrechung und endete mit einer vollständigen in dem Abschnitt Afium—Karabissar begonnen hat, dauerte 5 Tage ohne Unterbrechung und endete mit einer vollständigen Niederlage der Haupttruppen der feindlichen Armee. Die Anzahl der von unseren Truppen genommenen Geschütze aller Kaliber beläuft sich auf 150. Die Verfolgung geht ununterbrochen weiter.

Paris, 3. Sept. Wie Havas aus Athen meldet, hat nach einer Mitteilung des Marineministers die griechische Flotte Befehl erhalten, sich nach Smyrna zu begeben. — Eine offizielle Note stellt in Ätore, daß die griechische Regierung bei den Alliierten oder bei England einen Schritt unternommen habe, durch sofortige Intervention den griechisch-türkischen Konflikt zu beenden.

Athen, 2. Sept. Ämtlicher Heeresbericht vom 1. September: Befehlsmäßig setzte die Südgruppe ihren Rückzug fort. Das 3. Armeekorps ging ebenfalls zurück. Die vor mehreren Tagen angedrohte Räumung von Estschepir ist beendet.

Bayern und das Reich.

Bayern und das Gesetz zum Schutz der Republik.

Ein Auslegung der Zugeschuldnisse an Bayern durch den Reichskanzler. Berlin, 31. Aug. Reichskanzler Dr. Wirth hat am 30. August an den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerch ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: Der Wunsch nach Errichtung eines bayerischen Senats hat sich schon bei den früheren Verhandlungen als für die Reichsregierung unannehmbar herausgestellt, jedoch wiederholt ich gern die Zusage, daß die Ernennung der Mitglieder des für Süddeutschland bestimmten Senats nach Benehmen mit den beteiligten Landesregierungen erfolgt und daß ihm 3 bayerische Laienrichter und eine entsprechende Zahl bayerischer Reichsgerichtsräte angehören werden. Die Möglichkeit, daß die Sitzungen des Senats in einer süddeutschen Stadt stattfinden, ist gegeben. Der Herr Reichspräsident hat für Fälle des Vornadigungsrechts, in denen die Zuständigkeit des für Süddeutschland bestimmten Senats gegeben ist, eine Fühlungnahme mit der betreffenden Landesregierung in Aussicht gestellt. Es besteht kein Bedenken, einen bayerischen Beamten nach der üblichen Fühlung mit der bayerischen Regierung zu der Reichsanwaltschaft einzuberufen und diesen als Referenten des Obergerichts-anwalts für bayerische Sachen zu bestellen. Ganze Gebiete, insbesondere grundtätlich alle Vergehen von der Geleitzung durch den Staatsgerichtshof auszuschließen, würde dem Sinne des Gesetzes zuwiderlaufen. Die gewünschte Berücksichtigung der bayerischen Gesichtspunkte bei der Frage der Aburteilung durch den Staatsgerichtshof oder der Ueberweisung an die Länder kann schon durch Maßnahmen der bayerischen Regierung gewährleistet werden. Ich habe keine Bedenken, wenn die bayerischen Staatsanwaltschaften von der bayerischen Regierung angewiesen werden, bei der Bearbeitung der Sachen sich gegenüber dem Obergerichtsanwalt darüber zu äußern, ob sich die Ueberweisung an die Landesbehörden empfiehlt, ohne daß jedoch durch dieses Verfahren eine Verzögerung entstehen darf. Diese Ueberweisungen werden von dem Obergerichtsanwalt bei der Prüfung sachgemäß berücksichtigt werden. Zum Reichsstrafpolizeigesetz wird eine genaue Umschreibung der Begriffe „Gefahr im Verzug“ und „dringendes Interesse des ganzen Reichs“ gewünscht. Dazu erkläre ich folgendes: Eine „Gefahr im Verzug“ ist überall da vorhanden, wo der Ausschub der betreffenden Handlung deren Vornahme überhaupt vereiteln oder doch die Erreichung irgendwie gefährden könnte. „Dringendes Interesse des Reichs“ ist gegeben, wenn es sich um strafbare Tatbestände von besonderer Wichtigkeit handelt, bei denen die Anstellung sofortiger Ermittlungen durch eigene Vollzugsbeamte für das ganze Reich von größter Bedeutung ist. Der bundesstaatliche Charakter des Reichs, die Staatspersönlichkeit und die Hoheitsrechte der Länder sind bereits in dem Protokoll vom 11. August 1922 anerkannt.

Der bayerische Innenminister gegen die Kundgebungen in München.

München, 1. Sept. Die Führer des bayerischen Ordnungsblocks Dr. Budeley und Dr. Tafel hatten am 25. August an den Minister des Innern Dr. Schweyer einen offenen Brief gerichtet, in dem sie das Verhalten der bayerischen Regierung bei den Berliner Verhandlungen und das Verbot der Kundgebung auf dem Königsplatz kritisierten. Minister Dr. Schweyer hat nun mit einem offenen Brief geantwortet, aus dem folgendes hervorzuhelien ist: Der Abbruch des Kampfes mit der Notverordnung bedeutet nicht die Anerkennung der Schutzgesetze. Sie werden von der bayerischen Regierung nach wie vor bekämpft. Die bayerische Regierung ist überzeugt, daß diese Gesetze ihrer Annatur und an dem gesunden Sinn des deutschen Volkes zugrunde gehen. Die bayerische Notverordnung könne jederzeit wieder eingeführt werden. Ich bestreite mit Entschiedenheit, so heißt es in dem offenen Brief weiter, daß das bayerische Volk mit Ihrer Demonstrationsversammlung identisch ist und lehne ab, von solchen Versammlungen „Befehungen entgegenzunehmen“. Es ist eine Uebertreibung, wenn Sie die von Ihnen in Bewegung gesetzten Massen immer wieder als das „Volk“ bezeichnen. Die Regierung wird nie Gewalt nachgeben, sie mag kommen, woher sie will. Glauben Sie, daß die Regierung nicht an ihrem Plage sei, so sorgen Sie versassungsgemäß dafür, daß sie abtritt. Die Drohung, die Sie in Ihrem Brief an die Regierung richten, bedauere ich gerade von Ihnen als verdienstvollen Leiter vaterländischer Vereinigungen zu hören.

Deutschland.

Das Deutschlandlied Nationallied.

Berlin, 2. Sept. Der Reichspräsident hat in einer Verfügung bestimmt, daß entsprechend seiner Kundgebung vom 11. August 1922 die Reichswehr das Deutschland-Lied als National-Hymne zu führen hat.

Maßnahmen gegen die Einfuhr entbehrlicher Waren.

Berlin, 1. Sept. Um einem weiteren Sturz der Mark zu begegnen, hat sich die Regierung entschlossen, verstärkte Maßnahmen zur Unterbindung der Einfuhr aller irgend entbehrlichen Waren zu treffen. Zu diesem Zweck hat der Reichswirtschaftsminister die bisherige Einfuhrfreiheit für Rohstoffe durch Bekanntmachung vom 30. August ds. Js. mit sofortiger Wirkung aufgehoben; ebenso wird der Reichsernährungsminister auf seinem Gebiet Beschränkungen der Einfuhrfreiheit vornehmen. Gleichzeitig werden die Außenhandels- und anderen Bewilligungsstellen angewiesen, für diese Waren und eine Reihe anderer entbehrlicher bereits unter Einfuhrverbot stehender Waren bis auf weiteres Einfuhrbewilligung nicht mehr erteilen. Das Einfuhrverbot wird wieder aufgehoben werden können, wenn ein genügender Zollschuß durch Erhöhung der Zölle erreicht ist. Der Reichswirtschaftsminister hat alsbald nach Erlass des Einfuhrverbotes für Rohstoffe die an der Tabakwirtschaft beteiligten Kreise zu einer Besprechung eingeladen, die am Samstag stattfinden wird. Der unter Zollaufsicht sich vollziehende Veredlungsverkehr wird durch die Aufhebung der Einfuhrfreiheit nicht berührt, da für ihn Einfuhrbewilligung nicht erforderlich ist.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 4. September 1922.

Vom Calwer Schlachthaus.

In der Zeit vom 16. bis 31. August 1922 wurden im hiesigen Schlachthaus geschlachtet: 7 Ochsen, 9 Rinder, 4 Farren, 2 Kühe, 61 Kälber, 20 Schweine und 5 Schafe.

Richtlinien für die Mitwirkung der Schulen und Hochschulen zum Schutze der Republik.

Das württ. Kultministerium veröffentlicht in seinem Amtsblatt die in Berlin vereinbarten Richtlinien für die Mitwirkung der Schulen und Hochschulen zum Schutze der Republik. Der erste Teil befaßt sich mit den Aufgaben der Unterrichtsverwaltungen auf dem Gebiete der staatsbürgerlichen Erziehung, Schaffung neuer Geschichtslehrbücher mit Einstellung auf das Wesen und die Aufgaben des Volksstaats und knapper Darstellung der Geschichte der letzten Jahre auf aktienmäßiger Grundlage sowie entsprechende Zusammenstellung der Schülerbüchereien, Aufnahme des staatsbürgerlichen Unterrichts in die Lehrpläne aller Schulen und Schaffung brauchbarer Lehrbücher dafür, Anpassung der Lehrpläne an die neuen Aufgaben der staatsbürgerlichen Erziehung und der Gemeinschaftsbildung durch den Grundsatz des Arbeitsunterrichts, staatsbürgerliche Durch- und Fortbildung der Lehrer aller Schulstufen, Einsetzung eines Dauerausschusses beim Kultministerium des Innern für Beratung und Anregung. Der zweite Teil weist die Lehrer auf ihre besonderen Pflichten als Jugendberzieher und als Beamte eines republikanischen Staatswesens hin, die Verantwortung und zur Staatsgesinnung zu erziehen. Dabei ist jede Parteipolitik, gleichviel welcher Richtung, von der Schule zu vermeiden. Die Teilnahme der Schüler an Vereinigungen, deren Absichten den staatsbürgerlichen Aufgaben der Schulen zuwiderlaufen, ist verboten. Auch das Fleißere der Schule, z. B. Wandfahnd und Schulfeste sollen den Anforderungen des neuen Staates Rechnung tragen. Es muß der Schule gelingen, die Jugend aus vaterländischer Not und politischer Zerrissenheit innerlich zu befreien und sie auf Grund der hohen Ueberlieferung deutscher Kultur zu dem Ideal des auf Selbstverantwortung und Hingabe an die Gemeinschaft beruhenden Volkstaats zu führen. Nicht nur die Schulaufsichtsbehörden, die Lehrer und Elternschaft, sondern die Jugend selbst wird aufgerufen zu den Aufgaben des neuen Volksstaats.

Wetterbericht für Dienstag und Mittwoch.

Die Störungen dauern fort. Zwar macht sich im Westen Hochdruck geltend, aber am Dienstag und Mittwoch ist nur allmähliche Wiederaufklärung, sonst kühes und stichweise regnerisches Wetter zu erwarten.

Erhöhung

Auf die vom Wal eine Erhöhung der Württ. Forstverwaltung treffen, daß die August erhöht werden. Wegen Gewährung von Urlaub für deren Beilegung. Beide Teile einigten während des Urlaubsstunden geleistet sein.

Der Remb

(S. 2) Stuttgarter Kreis in der Stuttgarter Zeitung zum Pfingstmontag sich gegen 7 Angeklagten Provisionsreife führt, der in der W dem Techniker Hugo Keller von Württemberg hohen materiellen u wieder beigebrachte Blatt berichtet, Stammler der Umstände bestrafen Angeklagte und Gutekunst je 3 gegen Anna Blask Freya Blask je 8 Monate und ge 4 Monate Gefängnis

Wiederaufnahm

(S. 2) Stuttgarter stanz in die Flugge gehalten und damit Konfanz, der seit genommen. Den Zeug, das auf dem und in Führer-Ni fahrt von dort erfo auf dem Cannstätt

(S. 2) Unterj Maier wurden bei e und eine Tafelwug Vorjahr wurde bei

(S. 2) Kuffel beehrte und dem Nojer wurde beim gewordenen Fa und dort von dem sofort in die Tü seinem Aufkommen

(S. 2) Kottw

in der Lorenzkapell sowie an einigen bloßgelegt. Eines jüngsten Gerichtes ters. Ein anderes stus am Kreis wi sind ausgezeichnet. stehend, müßten d aber zuvor kopiert

(S. 2) Stuttg Sommerlage geätzt waren überließ (S 2) 29. Juli mit 21,2 C Niederbälage war i

(S. 2) Eßling Eßlingen hat eine Allgemeine Deutche um seine aufgestell zialisierung der Fnd der Friedensvertrag mit Rußland aufen gierung herausgetre

(S. 2) Seiffre Viehhändler Karl C fungsstelle in Unter sigen Wezern beim und Schweine, dab Schlachtwiepreise er fächlich nach Mannh

(S. 2) Lauphe hier im Bezirksstrat unentgeltliche Ber Luise erkrankt fin Luise befielt, stat

(S. 2) Gmünd Landwirt, solange zugestoff und 130 wurde einem Baer tieß, dieses von ein

(S. 2) Wm, 1. 22jährige Kellneri Beide Fäße wurde Krankenhaus.

(S. 2) Von der zung der letzten 7 Entarbeiten gefü nicht einmal die F

Erhöhung der Walbarbeiterlöhne.

Auf die vom Walbarbeiterverband eingereichten Vorschläge für eine Erhöhung der Walbarbeiterlöhne fanden Verhandlungen mit der Württ. Forstverwaltung statt. Es wurde dabei die Vereinbarung getroffen, daß die August-Löhne ab 3. September um 40-50 Prozent erhöht werden. Wegen der Auslegung der Bestimmungen über die Gewährung von Urlaub waren Meinungsverschiedenheiten vorhanden, für deren Beilegung der Schlichtungsausschuß angerufen wurde. Beide Teile einigten sich dahin, daß als Voraussetzung für die Gewährung des Urlaubs keine 200 Arbeitstage, sondern 1600 Lohnstunden geleistet sein müssen.

Der Rembrandt-Diebstahl vor Gericht.

(Stuttg.) Stuttgart, 3. Sept. Am Freitag wurde vor der Stuttgarter Strafkammer der Diebstahl des Rembrandtbildes in der Stuttgarter Bildergalerie, der bekanntlich in der Nacht zum Pfingstmontag erfolgte, verhandelt. Die Anklage richtete sich gegen 7 Angeklagte. Der Diebstahl wurde von dem 23jährigen Provisionsreisenden Karl Hauff von Cannstatt ausgeführt, der in der Wohnung des Kaufmanns Karl Gutekunst mit dem Techniker Hugo Schmidt und dem Bäckergehilfen Karl Becker von Wankheim betannt worden war. In Ansehung des hohen materiellen und ideellen Werts des übrigens unbeschädigt wieder beigebrachten Bildes beantragte, wie das Neue Tagblatt berichtet, Staatsanwalt Kupferschmid unter Zubilligung mildernder Umstände an die nur gering oder gar nicht vorbestraften Angeklagten folgende Strafen: Gegen Hauff, Schmidt und Gutekunst je 3 Jahre, gegen Walter 2 Jahre 6 Monate, gegen Anna Blaschke 2 Jahre, gegen Alma Gutekunst und Freya Blaschke je ein Jahr 6 Monate Gefängnis. Das am Samstag verkündete Urteil lautete: Gegen Hauff, Schmidt und Gutekunst je 3 Jahre 6 Monate, gegen Walter 1 Jahr 8 Monate und gegen die Frauen wegen Begünstigung je 4 Monate Gefängnis.

Wiederaufnahme der Flugpost Stuttgart-Konstanz.

(Stuttg.) Stuttgart, 1. Sept. Vom 1. September an wird Konstanz in die Flugpostlinie Zürich-Münster-Zürich-Genf eingeschaltet und damit der Luftverkehr zwischen Stuttgart und Konstanz, der seit vorigen Herbst eingestellt war, wieder aufgenommen. Den Anschluß aus Stuttgart vermittelt das Flugzeug, das auf dem Cannstatter Wasen um 10.15 Uhr abfährt und in Zürich-Münster um 11.45 Uhr eintrifft. Die Rückfahrt von dort erfolgt wie bisher um 12.30 Uhr mit Landung auf dem Cannstatter Wasen um 2 Uhr.

(Stuttg.) Unterjesingen, 2. Sept. Dem Landwirt Maier wurden bei einem Einbruch 6000 M., 300 Schweizerfranken und eine Taschenuhr gestohlen. Vom Täter fehlt jede Spur. Auch im Vorjahr wurde bei Maier eine größere Geldsumme entwendet.

(Stuttg.) Kupferdingen, 2. Sept. Der schon bejahrte und demnächst seinen Dienst abgebende Farrenwärter Maier wurde beim Betreten des Farrenstalles von einem losgewordenen Farren angegriffen, in den Hof hinausgeworfen und dort von dem wütenden Tier derart zugerichtet, daß er sofort in die Tübinger Klinik geschafft werden mußte. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

(Stuttg.) Kottweil, 3. Sept. Bei den Erneuerungsarbeiten in der Lorenzkapelle wurden unter der Tünche des Chorbogens sowie an einigen Stellen des Chors wertvolle alte Gemälde bloßgelegt. Eines mit der Jahreszahl 1647 stellt Reste eines jüngsten Gerichtes dar und trägt das Doppelwappen des Stifters. Ein anderes gibt die Krönung Mariä, ein drittes Christus am Kreuz wieder. Sowohl Zeichnung wie Farbgebung sind ausgezeichnet. Zwei andere Bilder, die Auferstehung darstellend, mußten dem Zweck der Kapelle geopfert werden, sind aber zuvor kopiert worden.

(Stuttg.) Stuttgart, 3. Sept. In Stuttgart wurden bis jetzt 53 Sommertage gezählt, 13 mehr als im langjährigen Mittel. 5 davon waren überheiß (30 Grad und mehr). Der heißeste Tag war der 29. Juli mit 21,2 Grad Höchsttemperatur. Die Zahl der gewittrigen Niederschläge war im August groß.

(Stuttg.) Eßlingen, 2. Sept. Die Belegschaft der Maschinenfabrik Eßlingen hat eine Resolution angenommen, die verlangt, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund erste Schritte unternehme, um seine aufgestellten Forderungen und Punkte zu realisieren, die Sozialisierung der Industrie und lebenswichtigen Betriebe durchgeführt, der Friedensvertrag von Versailles „vernichtet“, Handelsbeziehungen mit Rußland aufgenommen und an die Bildung einer Arbeiter-Regierung herantreten werde.

(Stuttg.) Heilbronn, 2. Sept. Wegen Preistreiberi wurde der Viehhändler Karl Götzler von hier auf eine Meldung der Preisprüfungsstelle in Untersuchungshaft genommen. Er hat sehr oft den hiesigen Metzger beim Schlachthof geschlagen, insbesondere Kühe und Schweine, dadurch weggeschmachtet, daß er die hier üblichen Schlachtviehpreise erheblich überbot und das aufgekaufte Vieh hauptsächlich nach Mannheim ausführte.

(Stuttg.) Laupheim, 1. Sept. Vom 1. September ab findet hier im Bezirkskrankenhaus jeden 1. Montag des Monats eine humanistische Beratung von Bezirksangehörigen, die an Tuberkulose erkrankt sind, oder bei denen der Verdacht auf Tuberkulose besteht, statt.

(Stuttg.) Gmünd, 1. Sept. In Wiggoldingen wurde einem Landwirt, solange er auf dem Felde war, für 20 000 M. Anzugstoff und 13 000 M. Bargeld gestohlen. — In Strabdorf wurde einem Bauern, der sein Fahrrad vor der Wirtschaft stehen ließ, dieses von einem Unbekannten entwendet.

(Stuttg.) Ulm, 1. Sept. Aus Liebeskummer ließ sich die ledige 22jährige Köchlerin Augustine Leinhos vom Zug überfahren. Beide Füße wurden ihr abgefahren. Das Mädchen starb im Krankenhaus.

(Stuttg.) Von der Ulmer Alb, 1. Sept. Die regnerische Witterung der letzten Woche hat zu weiterer Verzögerung der Erntearbeiten geführt, so daß zu Beginn des Herbstmonats noch nicht einmal die Hälfte der Feldfrüchte untergebracht ist. Mit

dem Schnitt von Haber wird jetzt erst begonnen. Er liefert heuer auf der Alb den besten Ertrag unter dem Getreide. Auch in Gerste fällt die Ernte noch befriedigend aus, während in Weizen und Dinkel die Ernte weit unter Mittel beurteilt wird.

(Stuttg.) Waldsee, 2. Sept. Einige Kurgäste gingen Gaisbüren zu spazieren, wobei ihnen ein Auto entgegenfuhr, das plötzlich hielt. Drei Männer stiegen aus und pudelten rasch im Ader neben der Straße einen Saß voll Kartoffeln heraus, warfen ihn aufs Auto und fuhren in rasendem Tempo weiter, wobei sie beinahe einen Mann überfahren. Leider wurde die Nummer des Autos nicht festgestellt.

(Stuttg.) Konstanz, 1. Sept. Ein Meister aller Fahrradmarke, der den Rekord aller seiner Kunstgenossen erreicht haben dürfte, ist der 31jährige Hermann May aus Ebingen, wohnhaft in Konstanz, dem es in kurzer Zeit gelang, in Konstanz nicht weniger als 29 Fahrräder zu stehlen und diese zu verkaufen, bevor er entdeckt wurde. Der Gesamtwert der Diebesbeute beläuft sich auf mehrere Hunderttausend Mark. Die Ferienstrafkammer verurteilte den Dieb zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Der Handelsmann Karl Köser von Dörflingen bei Schaffhausen erhielt wegen Fehlerei zwei Jahre Zuchthaus.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar stand am Samstag auf 1326 Mark, der Schweizer Franken auf 246 Mark.

Geldknappheit.

(Stuttg.) Stuttgart, 2. Sept. Die Geldknappheit der Reichsbank wirkt sich immer stärker auch bei den hiesigen Banken aus. Selbst Großbanken konnten in diesen Tagen nur Schecks mit 1000-2000 M. in bar einlösen und verwiesen ihre Kunden durch weitere Schecks an die Reichsbankhauptstelle. Die Reichsbankdirektion in Berlin will in spätestens 14 Tagen Herr der Lage sein und täglich für 2,8 Milliarden Papiermark herstellen können. Zu den neuen unschönen 500 Mark-Scheinen sollen noch Banknoten zu 50 000 und 100 000 M. kommen.

Banknoten zu 50000 und 100000 Mark.

Berlin, 1. Sept. Die Reichsbank ist, wie die Blätter melden, veranlaßt, zur Erleichterung größerer Zahlungen Banknoten zu 50 000 und 100 000 Mark zunächst in kleineren Mengen auszugeben.

Papiergeldmangel in Berlin.

Berlin, 31. Aug. Bei verschiedenen Berliner Großbanken kam es heute, der „Germania“ zufolge, zu peinlichen Szenen, weil die Banken sich außerstande erklärten, Geschäftskleuten Papiergeld in dem angeforderten Umfang zur Verfügung zu stellen. Es wurde erklärt, daß die Reichsbank nicht genügend Papiergeld herausgegeben habe.

Kohlenpreiserhöhung.

Berlin, 1. Sept. Nachdem für den Bergbau in der vorigen Woche Lohn erhöhungen festgesetzt worden sind, welche die bisherigen Löhne der Bergarbeiter vom 1. September ab in manchen Revieren mehr als verdoppeln, haben der Reichskohlenverband und der große Ausschuß des Reichskohlenrats in ihrer Sitzung vom 30. August für alle Bergbaubezirke erhebliche Preissteigerungen beschließen müssen. Es war daher notwendig, für die Abgeltung der Materialkosten einen höheren Betrag als bisher einzulösen. Auch ist eine Verdreifachung der im Kohlenpreis enthaltenen Beiträge für den Bau von Bergarbeiterwohnungen notwendig geworden, um den Treuhändlerschaften in bescheidenem Umfang die Fertigstellung bereits begonnener Wohnungsbauten zu ermöglichen. Die Verkaufspreise ab Wert je Tonne sind wie folgt erhöht worden: Festschmelz des Rheinisch-westfälischen Steinkohlen-Syndikats um 2593 M., niederschlesische Steinkohlen durchschnittlich um 2975 M., sächsische Steinkohlen durchschnittlich um 4096 M., mitteldeutsche und ostelbische Rohbraunkohle um 732 M., mitteldeutsche und ostelbische Rohbraunkohle um rund 400 M., rheinische Braunkohlenbrückens um 1449 M.

Märkte.

(Stuttg.) Freudenstadt, 3. Sept. (Holzerl'ss). Das Forstamt Klostereichenbach erzielte aus 2657 Fm. Langholz bei 5 108 420 Mark Ausbot einen Gesamterlös von 40 867 364 Mark gleich 800 Prozent der neuen Landesgrundpreise. — In dem neuerlich gebrachten Bericht über den Holzserlös des Forstamts Pfalzgrafenweiler muß es heißen 838,03 Fm. (nicht 83 803 Fm.)

(Stuttg.) Balingen, 3. Sept. Dem Schweinemarkt waren zugeführt: 369 Stück Milchschweine und 6 Läuferchweine. Der Preis für ein Milchschwein betrug 2000-3400, für ein Läuferchwein 3600-5500 Mark. Der Handel war schleppend, ein kleiner Rest blieb unverkauft. — Auf dem Obstmarkt kosteten Tafeläpfel das Pfund 4-5 Mark, Tafelbirnen 2-4 M., Pflaumen 4-5 M., Böhler Zwetschgen 6-6,50 M., Fallobst der Zit. Äpfel 220-250 M., Grünbirnen der Zit. 200 M. Die Zufuhr betrug ca. 60 Zentner.

(Stuttg.) Eßlingen, 3. Sept. (Obstversteigerung). Bei der Obstversteigerung hat die Gemeinde im ganzen 125 000 Mark erlöst und zwar pro Zentner durchschnittlich 410 M.

(Stuttg.) Crailsheim, 3. Sept. (Schweinemarkt). Die Zufuhr zum Schweinemarkt bezifferte sich auf 415 Stück Milchschweine und 4 Stück Läuferchweine. Der Handel ging lebhaft bei steigenden Preisen. Milchschweine galten 3000-10 000, Läuferchweine 12 000-24 000 Mark das Paar.

(Stuttg.) Hall, 3. Sept. (Schweinemarkt). Dem gestrigen Schweinemarkt wurden 503 Stück Milchschweine zugeführt. Verkauf wurden 470 Stück von 2800-4000 Mark pro Stück.

(Stuttg.) Gerabronn, 2. Sept. Die Obstversteigerung im Gemeindebezirk brachte einen Gesamterlös von 119 000 M. Das Quantum ist geschätzt auf 300 Zentner und kommt der Zentner auf 396 Mark.

Die höchsten Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Werten- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die log. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schriftl.

Tagung des Reichsverbands deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften.

(Stuttg.) Stuttgart, 31. Aug. Die erste öffentliche Hauptversammlung des 36. Deutschen Genossenschaftstags im Ruppelhof des Kunstgebäudes wurde durch eine Ansprache des Verbandsvorsitzenden Landesökonomierat Johannsen-Hannover eröffnet. Nach einem kurzen Rückblick auf die genossenschaftliche Entwicklung in Deutschland hatte der Vorsitzende sehr ernste Worte für die Gefahr, die der genossenschaftlichen Arbeit durch eine Spaltung droht, die man zu befürchten berechtigt sei in Anbetracht der Konkurrenzgenossenschaftlichen Betätigung des Reichslandbundes, die geradezu ein Verrat an der genossenschaftlichen Sache sei. Im übrigen möchte man, ohne zu verzweifeln, an den Wiederaufbau gehen, an dem mitzuwirken die Genossenschaften besonders berufen seien. Es folgte die herzliche Begrüßung der Ehrengäste, von denen zu nennen sind: Staatspräsident Dr. Sieber, Ministerialrat Dr. Quajowski für das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Ministerialdirektor Kauß für das Reichsfinanzministerium, Erzengel von Braun, Präsident des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, Staatsrat Kau namens des württ. Ernährungsministeriums, Präsident Geh. Oberfinanzrat Semper von der preussischen Zentralgenossenschaftskasse, Geheimrat Dietrich vom Generalverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften, Professor Dr. Dade für den deutschen Landwirtschaftsrat, Regierungsrat Dir. Ströbel von der württ. Landwirtschaftskammer, Verbandsdirektor Bräuninger für den landw. Hauptverband, Ökonomierat Dr. von Altrock für die preussische Hauptlandwirtschaftskammer, ferner Vertreter anderer landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände in Deutschösterreich und Holland. Mit ehrenden Worten wurde schließlich auch der im vergangenen Jahre verstorbenen Genossenschaftler gedacht. Den Reigen der Begrüßungredner eröffnete der württ. Staatspräsident Dr. Sieber, der zuerst den Gruß der württ. Staatsregierung entbot und dann ausführte: „Stellt doch der Reichsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften so viel ich weiß die größte landwirtschaftliche Organisation nicht bloß Deutschlands, sondern der ganzen Welt dar. Aus bescheidenen Anfängen erwachsen, ist der Verband heute ein stattlicher Baum, der seine Äste und Zweige über alle deutsche Lande bis ins kleine und entlegene Dorf erstreckt. Und auch in Württemberg hat es seit Jahrzehnten in der Bauernschaft, im Beamtenstand, vor allem unter Geistlichen und Lehrern nicht an Männern gefehlt, die mit Einsicht und Treue, mit Opferwilligkeit und vor allem mit einem auch im wirtschaftlichen Leben notwendigen und vorbildlichen Gemeinsinn dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen ihre Arbeit gewidmet haben. Ihre heutige Tagung steht unter dem Zeichen schwersten wirtschaftlichen Drucks, der auf unserem gesamten Volk und Vaterland lastet. Es ist gewiß niemand in diesem Saale, der nicht als Bürger, als Familienvater, als Beamter oder was er sonst sein mag, diese Not des Vaterlandes zugleich als seine persönlichste Sorge und Angelegenheit empfindet. Die Eigenart und der Segen der genossenschaftlichen Bewegung ist es, daß sie die Interessen des einzelnen aufs engste mit denen seiner Genossenschaft verknüpft, daß es mit dem Genossenschaftsgedanken das Gemeingefühl weckt und so nicht bloß eine wirtschaftliche, sondern zugleich eine sittliche Kraft darstellt und entbindet. Diese Tagung, wie Ihre ganze Arbeit legt Zeugnis davon ab, daß nur gemeinsame Arbeit unser Vaterland wieder empor führen kann. Die Genossenschaften fassen sonst zersplitterte wirtschaftliche Kräfte zusammen, sie tun praktische Arbeit und sind zugleich von einem hohen Ideal beseelt. Möge in diesem Zeichen ihre Tagung einen erspriesslichen Verlauf nehmen und sie an unserem ganzen Vaterland einen Dienst der Wiederaufrichtung tun! Das ist der Gruß und Wunsch, mit dem ich namens der württ. Staatsregierung Sie in unserer Landeshauptstadt willkommen heiße.“ Anschließend sprach Ministerialrat Dr. Quajowski, der namens des Reichsernährungsministeriums insbesondere die Mitwirkung der Genossenschaften bei der Kartoffelverjorgung erbat und der noch darauf hinwies, daß die durch das Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft bedingte Erhöhung der Produktivität der Landwirtschaft nur dann durchgeführt werden könne, wenn der Gemeinsinn erhalten bleibe. Geheimrat Dietrich wies auf die schöne Gemeinschaftsarbeit hin, die auch mit den von ihm vertretenen Raiffeisenkassen geleistet werde. Staatsrat Kau brachte die Grüße des württ. Ernährungsministeriums, dessen Tätigkeit in weitgehendem Maße angewiesen sei auf die Mithilfe der Genossenschaften. Es sei erfreulich, daß in Württemberg Organisationen und Genossenschaften so einmütig zusammengewirkten. Als Vertreter des preussischen Ministerpräsidenten sprach Oberlandeskulturpräsident Krenzlin, für den Landwirtschaftsrat und die preussische Landwirtschaftskammer Ökonomierat Dr. Altrock, für die Stadt Stuttgart und den württ. Großerband Bürgermeister Dr. Dollinger. Regierungsrat Dir. Ströbel von der württ. Landwirtschaftskammer wies auf die Notwendigkeit hin, zum Kampf gegen das Wirtschaftselend alle Kräfte aufzubieten und auf die erfreuliche Erscheinung, daß Genossenschaften und landw. Organisationen sich in Württemberg in diese Arbeit teilten. Möchte doch die Leistungsfähigkeit der Genossenschaften gerade in der letzten schweren Zeit erhalten bleiben. Für die landw. Hochschule Hohenheim und für die Landesjugendanstalt sprach Rektor Professor Dr. Wacker, Direktor Präuninger vom landw. Hauptverband betonte ebenfalls die Bedeutung der gemeinschaftlichen Arbeit mit dem Ziel, das Interesse der Landwirtschaft zu wahren, ein Ziel, dem zu wünschen wäre, daß es in ganz Deutschland bestünde. Dr. Lang von Langen-Eßlingen grüßte namens der deutschen Landkreise in Berlin. Empfangen von nicht endemwollendem Beifall trat nun der Vertreter der österreichischen Landwirtschaft als Rednerpult. Konfistorialrat Rauchinger-Böhlern zog die Parallele zwischen dem wirtschaftlichen Geschehnis Deutschlands und dem Österreichs, die beide im katastrophalen Niedergang ihrer Währungen besonderen Ausdruck fänden. Deshalb sei auch das österreichische Interesse für die Verhandlungen so groß, ganz besonders auch

soweit sie Nahrungs- und andere einschlägige Wirtschaftsfragen berühren. Was Oesterreich besonders am Herzen liege, sei die Pflege des genossenschaftlichen Nachwuchses, durch den der genossenschaftliche Gedanke praktisch und ethisch noch hochgehalten werde, wenn auch die heutigen Genossenschaftler abraten müßten. Neben der Valuta interessiere auch die in beiden Ländern gleich brennende Frage der Beschaffung des landwirtschaftlichen Betriebskapitals. Der genossenschaftliche Sinn allerdings lasse wie in Deutschland, mancherorts auch in Oesterreich oft zu wünschen übrig. Nochmaliger starker Beifall am Schluß dieser Ausführungen unterstrich das Gemeinschaftsgefühl der deutschen Genossenschaftler mit denen Oesterreichs. Man ging dann zur Erstattung der vorgeesehenen Referate über.

Der erste Redner war Verbandsdirektor Oberregierungsrat Baier-Stuttgart. Er sprach über den Stand und die Entwicklung des landw. Genossenschaftswesens in Württemberg. Im Jahre 1881 wurde der Verband mit 23 Vereinen gegründet; schnell hob sich die Zahl der zugehörigen Vereine und heute sind 1923 württ. Genossenschaften im Verband vereinigt und zwar 1366 Darlehenskassenvereine, 46 Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 392 Molkereigenossenschaften, 23 Weingärtnergenossenschaften, 32 Mühle- und Elektrizitätsgenossenschaften, sowie 64 sonstige Genossenschaften. 1893 wurde die Genossenschaftszentralstelle gegründet. Im ersten Halbjahr 1922 war ein Kassenumsatz von 6 Milliarden Mark festzustellen. Die Organisation des Absatzes landw. Erzeugnisse nahm 1897 ihren Anfang. Die vermittelte und abgesetzte Gesamtmenge an Waren einschl. Getreide betrug 1921 insgesamt 267 Millionen (17 760 Eisenbahnwagen). Auch Molkereien und Käseereien sind im Verband vereinigt trotz der anfänglich großen Schwierigkeiten. Die Orga-

nisation ist so engmaschig, daß jede weitere Organisation daneben nicht nur überflüssig, sondern direkt schädlich wäre. Obstverwertung und genossenschaftliche Viehverwertung werden ebenfalls gepflegt. — Der Anwalt des Reichsverbandes, Regierungsrat Gennes-Berlin, erstattete den Jahresbericht des Verbandes. Es bestanden danach am 1. Juni 1922 in ganz Deutschland insgesamt rund 48 000 Genossenschaften, davon waren 36 235 oder 75 Prozent landwirtschaftliche, und von diesen entfallen 23 235 oder 64,1 Prozent auf den Reichsverband. Der Gesamtumsatz der 25 Zentralkassen des Reichsverbandes ist im Berichtsjahr von 140 auf 181 Milliarden gestiegen. Die Einzahlungen betrugen 20,7, die Abhebungen 18,4 Milliarden Mark. Im genossenschaftlichen Warengeschäft ist der Wert des Umsatzes bei den Hauptgenossenschaften des Reichsverbandes von 2,8 auf 5 Milliarden Mark gestiegen. Der Vortragende wies besonders auf die Bemühungen zur Herbeiführung eines unmittelbaren Warenaustausches zwischen den Erzeuger- und Verbraucher-genossenschaften hin. Die sich aus dieser Tätigkeit ergebenden Angriffe des Handels können die Genossenschaften in ihren Bestrebungen, durch den unmittelbaren Geschäftsverkehr zur Besserung der Volksernährung beizutragen, nicht irre machen. Notwendig ist für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens eine Einheitsfront in der Gesamtheit des Volkes, notwendig hierfür aber auch die Geschlossenheit der Landwirtschaft. Alle Versuche, die Einigkeit in der Landwirtschaft und die genossenschaftliche Arbeit zu stören, müssen auf das schärfste zurückgewiesen werden. Das deutsche Volk bildet in seiner jetzigen Not eine Schicksalsgenossenschaft, für die es kein besseres Bindemittel gibt als das Bekenntnis zu gemeinsamer, genossenschaftlicher Arbeit. In diesem Sinne ist Genossenschaftsarbeit Dienst

fürs Vaterland. Der letzte Vortrag wurde von Generalsekretär Brenning vom Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften gehalten. Der Redner beschäftigte sich mit der wichtigen Frage des genossenschaftlichen Nachwuchses. Der Inhalt ist zusammengefaßt in folgendem Antrag: „Die genossenschaftliche Arbeit kann erst die Dauer nur dann mit Erfolg geleistet werden, wenn sie von der Ueberzeugung ihrer Notwendigkeit und ihres Segens getragen wird. Gegenüber dem materialistischen Zug der Zeit kommt es mehr als je zuvor darauf an, daß der genossenschaftliche Nachwuchs von genossenschaftlichem Geist befeelt ist. In erster Linie müssen die Einzelgenossenschaften unter Mitwirkung der Verbände auf Heranziehung geeigneter genossenschaftlichen Nachwuchses bedacht sein. Wertvolle Vorarbeit können ländliche Fortbildungsschulen und landwirtschaftliche Schulen durch ausreichende Berücksichtigung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in ihrem Lehrplan leisten. Bei den Verbandsbeamten und den Beamten der Zentral- und großen Einzelgenossenschaften genügt nicht eine verwaltungstechnische, rein landwirthliche, kaufmännische oder besondere fachliche Ausbildung, daneben muß die genossenschaftliche Ausbildung treten. Ein Weg für diese kann nicht vorgeschrieben werden, es bieten sich je nach den örtlichen Verhältnissen, der Zahl der Beamten und der auch auf diesem Gebiet wünschenswerten Zusammenarbeit zwischen Verband und Zentralgenossenschaften verschiedene Möglichkeiten. Als Abschluß der genossenschaftlichen Ausbildung ist der Besuch der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftsschule zu empfehlen.“

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw. Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Dienstag, 5. September, Badischer Hof.
Benefiz für Herrn Brändle.
W. Volkstheater
Direktion J. Mangold (Inhaber des Kunsttheaters)
Dr. Klaus *L'Arronge*
Abend! *Humoristisch!!!*
Lustspiel in 5 Akten von L'Arronge,
wozu höflichst einladet
Louis Brändle.

10 Tagelöhner
finden sofort Beschäftigung bei
Alber & Stäbler, Bauwerkmeister, Calw.
Am Neubau der Wolldeckenfabrik Weilderstadt A.G. finden
Bauhilfsarbeiter
und **Zimmerleute**
sofort Beschäftigung.
Wolldeckenfabrik Weilderstadt A.G.,
Weilderstadt.

Verloren
1 Manschetten-
Knopf
Bitte abgeben an
H. von Hoiningen,
Marktplatz 41 III,
Finderlohn Goldwert.

Nebenverdienst!!!
Für einen in Buchführung
u. Kassenswesen verfr.
bietet sich in Calw
für einige Stunden
im Tagelohn. Beschäftigung.
Schriftliche Angebote
wolle man unter M. C. 204
a. d. Geschäftsst. d. Bl. richt.

Ordentlicher
junger Mann
(möglichst Radfahrer) als
Hausbursche
gesucht.
Näheres durch die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Fahrpläne
f. den Bezirk Calw
sind in der Geschäfts-
stelle dieses Blattes das
Stück zu 1 Mark
erhältlich.

Zum 1. Oktober eventl.
früher suche ich ein ordent-
liches, ehrliches

Mädchen
wenn auch noch nicht gedient.
Frau Apotheker
Hartmann, Neue Apotheke

Ehrf. selbständ. 30-40 jäh.
Mäd. od. Witwe
in einf. frauenl. Haush. gef.
11 u. 14 jährige Kinder vorh.
Villa Jungborn,
Wittbad.

Pensions-Gesuch.
Für 3 auswärtige Real-
Schüler suche ich sofort
Pension
in gutem Hause.
Studiendirektor
Dr. Knobel.

Keller,
oder sonstigen zum Einlagern
von Kartoffeln (über Winter)
geeigneten, nicht zu kleinen
Raum möglichst in Unter-
reichenbach, Liebenzell, Ernst-
mühl; Hirsau oder Calw
zu mieten gesucht.
Näheres unter Nr. 204 an
die Geschäftsstelle ds. Bl.

Einen kleinen, schneeweißen
Zwergspitzer
(rascher)
sucht zu kaufen.
Angeb. unter W. S. 204
an die Geschäftsst. ds. Bl.

IMMER

IST DIE ANZEIGE
IN DER TAGES-
ZEITUNG DIE ER-
FOLGREICHSTE

REKLAME!

Sendet deutsche Zeitungen in's Ausland.



Wir drucken

PLAKATE
FORMULARE
ZEITSCHRIFTEN
KATALOGE, PROSPEKTE
WERTPAPIERE
ZIRKULARE
WERKE

A. Oelschläger'sche Buchdruckerei

Fernsprecher 9. Calw Lederstrasse 151.

Forstamt Hoffstett.
**Eichen-, Stamm-, u.
Nutzholz-**
Verkauf.

Am Dienstag, 12. Sept.
vorm. 10 Uhr in der Reh-
mühle aus Probsthalde 41
Stück Schwach-Eichen mit
Fm: 0,80 III. b, 5,68 IV.,
6,34 V., 0,45 VI. Kl. sowie
aus Hut Aigenbach 3 Am,
aus Probsthalde 24 Am
eigener Nutzholz-Anschuß.
Losverzeichnisse von der
Forstdirektion G. f. S. in
Stuttgart.

Schweine-
Märkte
in **Pforzheim**
wieder jeden Mitt-
woch und Samstag
Vormittag auf dem
Viehmarktplatz
neben dem alten Schlachthof.
Der Oberbürgermeister.

Kartoffeln
zu billigsten Tagespreisen
in Waggonladungen liefern
Gebr. Schlanderer, Unterreichenbach.

Brombeeren
kauft jedes Quantum
Versandgefäße können gestellt werden.
Christian Ruenzlen, Sulzbach
an der Murr.
1. württg. Fruchtastpresserei mit Dampftrieb.

Am Montag, den 11. September
beginnt ein
Tanz-Kurs
in **Hirsau**
Anmeldungen können gemacht werden
bei Otto Stog, zum „Ehwen“.
Tanzlehrer Giacomino.

Stoffknöpfe,
Hohlbaum,
Knopflöcher
werden rasch u. in guter
Ausführung angefertigt
Geschw. Stanger,
Ob. Marktstr. 23.

Hier!
In den Spalten
der kleinen An-
zeigen findet
die praktische
Hausfrau gute
Gelegenheit
überflüssig.
Hausgerät
zu ver-
kaufen!



Nr. 206.
Ercheinungswelle
Stimmen Nr. 16 — W
Der B...
den Redensarten ein-
jenige seines ausfä-
offen den Stempel
kerbund in seiner je-
seitige, auf Beherr-
Politik zu erwarten
rüstungsfrage behan-
ordnung gelten dar-
„berühmten“ Neben-
Die belgischen Delege-
mit der deutschen M-
die als Pfänder für
verlangt werden so-
dahin ausgesprochen
werden könnten. Z-
wegen doch zu ihre-
Bei einem Besuch in
der Reichspräsident
Bolkes gegen die L-
Im Verkehrsbeirat ge-
für die neuen A-
letzten Entwurf no-

Die Jahr
Eröffnung der
Genf, 4. Sept. I
versammlung hatte
gleich das allgemeine
ren. Als Auftakt zu
licher Festgottesdien-
und ein Festgottesd-
dem der Erzbischof
Gottesdiensten woh-
bei. Die meisten de-
menden Delegierten
Genf, 4. Sept. U
da Sama in seiner O
die dritte Völkerbund
der er der pessimistis-
seine Lebensfähigkeit
umfassende Tätigkeit
tet habe und die im
gelegt sei. Der Völk-
internationale Leben
die Befürchtungen jen-
staat sehen und forder-
zu lassen und auf de-
ginn seiner Rede ged-
keitsstaates, der in d
werde. Hierauf wähl-
son zur Prüfung be-
mittag, um die Wahl
vorzunehmen. Die S
von der lebhaften G
den Jahren beobacht-
lebhafter Beifall gesp-
geisterten Kundgebun-
gebauert.

Wahl des
Genf, 4. Sept. I
heutigen Nachmittag
Wahlakt wurde voll-
lung Vorschläge gen-
bereits vorher auf
wards, hienischer O
wurde mit 42 von
Stimme erhielt der
der Delegierte von
hierauf eine längere
thr tief bewegt seine
allem als eine Ehr-
Vorabend der panam
mit ihm Amerika t
der wesentlichen Rol-